

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

28. Jahrgang

Berlin, den 14. Juli 1961

Nummer 28/29

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahresmitte 1961

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft  
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung  
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv  
Hamburg

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung  
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung  
Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-  
forschung, Essen

*Abgeschlossen in München am 7. Juli 1961*

### Die Lage der Weltwirtschaft

Die Wiederbelebung der amerikanischen Wirtschaftstätigkeit und ein unvermindert anhaltendes Wirtschaftswachstum im europäischen Raum kennzeichnen das konjunkturelle Bild der westlichen Welt im Frühsommer 1961. Die Zunahme der Gesamtnachfrage in den Industrieländern hatte eine erneute Ausweitung des Welthandels zur Folge. Im Vordergrund stand dabei wieder die Intensivierung des Warenaustauschs zwischen den Industrieländern. Das strukturell nach wie vor beachtliche Überangebot an den Weltwarenmärkten verhinderte auch bei den Industrierohstoffen einen stärkeren Preisanstieg.

#### Erneute Expansion in den Vereinigten Staaten

Die milde Rezession in den Vereinigten Staaten kam im Februar 1961 zum Stillstand. Die wirtschaftliche Erholung setzte kräftig ein, so daß der bisherige Produktionshöchststand um die Jahresmitte wieder erreicht wurde. Die Zunahme der Beschäftigung in der ersten Hälfte des Jahres vermochte die Arbeitslosenquote jedoch nicht unter das Niveau von knapp 7 vH herunterzudrücken.

Hauptantriebskräfte der Erholung der amerikanischen Wirtschaft sind die kräftig steigenden Ausgaben der öffentlichen Haushalte und die seit einigen Monaten wieder expansiv wirkenden Lagerdispositionen. Dagegen nahmen die privaten Anlageinvestitionen bis zur Jahresmitte nur geringfügig zu, und auch beim Endabsatz dauerhafter Verbrauchsgüter war bis zum gleichen Zeitpunkt insgesamt noch keine starke Belebung zu beobachten.

In den kommenden Monaten des Jahres 1961 werden die öffentlichen Ausgaben abermals wachsen, und auch die Lagerinvestitionen werden die Wirtschaftstätigkeit weiterhin anregen. Da außerdem mit einer stärkeren Zunahme der Anlageinvestitionen der privaten Wirtschaft zu rechnen ist und der private Verbrauch schneller als das verfügbare Einkommen wachsen dürfte, werden in der zweiten Jahreshälfte von allen Hauptkomponenten der Inlandsnachfrage expansive Wirkungen auf Produktion und Beschäftigung ausgehen, so daß ein kräftiges Wachstum der gesamten Wirtschaft für den Rest des Jahres gesichert ist. Dabei darf erwartet werden, daß im Verlauf der Expansion die Nachfrage nach dauerhaften Verbrauchsgütern besonders stark zunehmen wird. Erste Anzeichen einer solchen Entwicklung finden sich in der erheblichen Belebung des Auftragseingangs bei den dauerhafte Güter herstellenden Industrien.

Trotz des lebhaften Expansionstempos wird die Arbeitslosigkeit bis zum Jahresende kaum nennenswert abnehmen, da sich die Zahl der Erwerbspersonen laufend erhöht und außerdem in den kommenden Monaten mit überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten zu rechnen ist. Diese schaffen auch bei einem kräftigen Wachstum der Nachfrage günstige Voraussetzungen für die Erhaltung der Preisstabilität.

Die bisherige Aufwärtsentwicklung von Produktion und Beschäftigung vollzog sich bei wachsenden Defiziten in den öffentlichen Haushalten. Die Defizite im Bundeshaushalt waren dabei zum überwiegenden Teil durch die Rezession bedingt, da das Aufkommen der bei den Bundeseinnahmen vorherrschenden konjunkturragiblen Steuern

hinter den Schätzungen zurückblieb und die Sozialausgaben stärker stiegen, als ursprünglich veranschlagt worden war. Außerdem wurden die Verteidigungsausgaben erhöht. Finanzpolitische Maßnahmen zur Konjunkturbelebung haben nur in bescheidenem Umfang zur Steigerung der Bundesausgaben beigetragen. Es wäre im gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch völlig verfehlt, aus der defizitären Gestaltung der öffentlichen Haushalte Gefahren für die Preisstabilität ableiten zu wollen, da die vorhandenen Arbeitskraftreserven und die noch freien Produktionskapazitäten bis auf weiteres ein spannungsfreies Wirtschaftswachstum gewährleisten. Es ist deshalb verständlich, daß sich die wirtschaftspolitischen Instanzen bisher noch nicht veranlaßt sahen, von ihrer Wirtschaftstätigkeit anregenden Geld- und Kreditpolitik abzugehen.

Die Zahlungsbilanzsituation der Vereinigten Staaten hat sich im ersten Quartal des Jahres 1961 nennenswert verbessert. Die Goldabflüsse haben aufgehört. Das Abflauen der Spekulation gegen den Dollar und die daraus resultierenden Veränderungen bei den Kapitalbewegungen waren die Hauptursache dieser günstigeren Entwicklung. Außerdem ergab sich eine abermalige Verbesserung der Leistungsbilanz. Die Exportsteigerung, die bereits im Vorjahr eine wichtige Stütze der Inlandskonjunktur bildete, hielt auch in den ersten Monaten des Jahres 1961 an und trug so zur wirtschaftlichen Expansion bei. Der Einfuhrückgang kam dagegen bereits vor der Jahreswende zum Stillstand, und im weiteren Verlauf der Expansion werden die Einfuhren wieder steigen. Schon im zweiten Quartal dürfte sich der Leistungsbilanzüberschuß kaum noch erhöht haben, und im zweiten Halbjahr wird sich die Leistungsbilanz auch unter der Voraussetzung weiter steigender Ausfuhren eher wieder verschlechtern.

#### Anhaltendes Wirtschaftswachstum in Westeuropa

In Westeuropa setzte sich die im zweiten Halbjahr 1960 eingetretene Verlangsamung des allgemeinen wirtschaftlichen Wachstums im ersten Halbjahr 1961 nicht mehr fort. In den meisten westeuropäischen Ländern begann die Frühjahrsbelebung infolge des günstigen Witterungsverlaufs sehr frühzeitig, was sich besonders in der Bauwirtschaft auswirkte. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts in Westeuropa wurde erneut in Österreich, in der Schweiz, in der Bundesrepublik Deutschland, in Italien und in den Niederlanden überschritten. In Frankreich dagegen expandierte die Wirtschaft nur sehr verlangsamt weiter. In Großbritannien stagnierte die Produktion im ersten Vierteljahr 1961 noch, hat aber seitdem wieder etwas zugenommen.

Wie immer spiegelte sich die wirtschaftliche Expansion deutlich im industriellen Bereich wider. Die Produktion von Investitionsgütern stieg in allen Ländern weiter an. Bei der überwiegend vollen Auslastung der Kapazitäten wurde das Wachstum der Investitionsgüterproduktion vielfach durch die Zunahme der Kapazitäten bestimmt. Die Endnachfrage nach Stahl nahm weiter zu, konnte aber in letzter Zeit ohne Produktionssteigerung gedeckt werden, da sich der Lageraufbau stark verlangsamt hat. In der Energiewirtschaft setzten sich die Strukturwandlungen fort. Trotz Stagnation bzw. Rückgang der

Förderung nahmen die Kohlenhalden wieder zu. Der zusätzliche Energiebedarf wurde durch Heizöl bestritten. Bei den dauerhaften Konsumgütern, bei denen in einzelnen Ländern die erhebliche unfreiwillige Lagerbildung in den letzten Monaten des Jahres 1960 und zu Beginn des Jahres 1961 eine Drosselung der Produktion bzw. ihres Wachstums geboten erscheinen ließ, hat sich die Produktion in letzter Zeit wieder belebt. Dagegen stagnierte die Textilproduktion in den meisten Ländern. Die zusätzliche Nachfrage wurde teilweise aus Einfuhren gedeckt. Darüber hinaus sahen Industrie und Handel in zunehmendem Maße von einem weiteren Lageraufbau ab.

Der Produktionssteigerung war in einer Reihe von westeuropäischen Ländern durch die weitgehende Ausschöpfung der vorhandenen Arbeitskraftreserven eine Grenze gesetzt. Unter dem Mangel an Arbeitskräften hatten besonders die Bauwirtschaft, die Dienstleistungsbereiche und die Investitionsgüterindustrie zu leiden. Die verstärkte Heranziehung von Arbeitskräften aus Südeuropa führte nur zu einer begrenzten Entlastung der angespannten Arbeitsmarktsituation. In Großbritannien hatte die Hortung von Arbeitskräften bei stagnierender Produktion einen Rückgang der Produktivität zur Folge.

Die Ergänzung des Güterangebots durch die Einfuhr nahm im ersten Halbjahr 1961 in den meisten Ländern weiter zu. Abweichend davon war allerdings die Entwicklung in Großbritannien und in Schweden, wo ein Rückgang der Einfuhr zu verzeichnen war.

Auf der Nachfrageseite sind nach wie vor der stärkste expansive Faktor die privaten Anlageinvestitionen. Sie haben in den letzten Monaten in allen Ländern, auch in Großbritannien, ihr Wachstum im wesentlichen beibehalten. Grundsätzlich enthielten sich die Regierungen aller die privaten Anlageinvestitionen hindernden Maßnahmen, um die wichtigste Grundlage eines stetigen wirtschaftlichen Wachstums zu erhalten.

Retardierend wirkte im ersten Halbjahr allerdings die Lagerentwicklung. Da sowohl bei Grundstoffen als auch bei Fertigwaren eine nicht unbeträchtliche und zum Teil unfreiwillige Lagerausschöpfung stattgefunden hatte, konnten die Unternehmer bei erneuter Zunahme der Endnachfrage im Verlauf des ersten Halbjahres 1961 vielfach auf vorhandene Bestände zurückgreifen, ohne die Produktion entsprechend zu erhöhen. Der Lageraufbau dürfte sich insgesamt unter diesen Umständen in den letzten Monaten beträchtlich verlangsamt haben.

Von der öffentlichen Nachfrage gingen im ersten Halbjahr 1961 erhebliche expansive Wirkungen aus. Zwar wurde der staatlich geförderte Wohnungsbau im allgemeinen nicht stärker ausgedehnt, aber die Ausgaben für Infrastrukturvorhaben nahmen weiter kräftig zu. Der öffentliche Verbrauch hielt sich überwiegend in dem durch die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung gegebenen Rahmen. In mehreren Ländern ergaben sich bei der öffentlichen Hand Kassenüberschüsse, die liquiditätsmindernd wirkten.

Der private Verbrauch nahm auf Grund weiter steigender Löhne und abermals wachsender Beschäftigung erneut kräftig zu. Verbrauchseinschränkende Maßnahmen, wie sie im vergangenen Jahr beispielsweise in Großbritannien und in Schweden getroffen wurden, unterblieben im bisherigen Verlauf des Jahres 1961.

Das im zweiten Halbjahr 1960 stark verlangsamte Wachstum der Auslandsnachfrage verstärkte sich seit Jahresbeginn wieder. Überdurchschnittlich expandierte die Ausfuhr der Niederlande, Frankreichs und Italiens. Dieses Wachstum ging im wesentlichen auf die Intensivierung des europäischen Binnenhandels zurück. Aber auch der Rückgang der Ausfuhr nach den außereuropäischen Ländern dürfte sich nicht mehr fortgesetzt haben.

Das Preisniveau stieg im ersten Halbjahr 1961 in Westeuropa nur verhältnismäßig wenig, obwohl sich der Lohnauftrieb in verschiedenen Ländern noch verstärkte. Der hohe Zuwachs an arbeitsparenden Kapazitäten bildete die Voraussetzung für beträchtliche Produktivitätsfortschritte; preisberuhigend wirkte auch die Intensivierung der Außenhandelsbeziehungen. Von den Weltrohstoffmärkten gingen kaum preissteigernde Wirkungen aus.

Die Kreditpolitik steht in Westeuropa vor allem im Zeichen der Zahlungsbilanzgestaltung. Die Beibehaltung des hohen Zinsniveaus in Großbritannien und die auf Abfluß der Liquidität aus Kontinentaleuropa gerichteten kreditpolitischen Maßnahmen hatten bisher nur begrenzten Erfolg. Kontinentaleuropas Währungsreserven nehmen immer noch, wenn auch in stark verringertem Maße, zu. Der vor allem durch Sondermaßnahmen bedingte Abfluß an internationaler Liquidität aus der Bundesrepublik Deutschland wurde durch weitere Zunahmen der Währungsreserven in Frankreich, in der Schweiz und in Schweden überkompensiert. Das Stillhalteabkommen der europäischen Notenbanken konnte die Spannungen in der britischen Zahlungsbilanz nur mildern. Zu ihrer Beseitigung bedarf es einer grundlegenden Verbesserung der Leistungsbilanz.

Für eine Aufrechterhaltung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Wachstums in Westeuropa im zweiten Halbjahr 1961 spricht insbesondere die weiterhin zunehmende Investitionstätigkeit der privaten Unternehmer. Angesichts der Überwindung der Rezession in den Vereinigten Staaten ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß es im nächsten Halbjahr zu einem Wandel im konjunkturellen Klima kommen wird. Bei weiter steigenden Masseneinkommen wird auch der private Verbrauch sein kräftiges Wachstum beibehalten. Von den öffentlichen Ausgaben sind mindestens gleichbleibende expansive Wirkungen zu erwarten. Mit der weiteren wirtschaftlichen Expansion in Westeuropa dürfte sich der europäische Binnenhandel erneut intensivieren. Die Ausfuhr in die übrige Welt wird infolge der wirtschaftlichen Erholung in den Vereinigten Staaten allmählich wieder zunehmen. Retardierende Einflüsse auf das wirtschaftliche Wachstum in Westeuropa würden allerdings von der Entwicklung in Großbritannien ausgehen, wenn seine ungünstige Zahlungsbilanzsituation die wirtschaftspolitischen Instanzen zu restriktiven Maßnahmen veranlassen sollte.

#### Expansion in Japan etwas verlangsamt

Auch in Japan gingen die stärksten Antriebskräfte von der Investitionstätigkeit aus. Seit Jahresbeginn hat sich das Tempo der Expansion etwas verlangsamt, wobei jedoch immer noch außergewöhnlich hohe Wachstumsraten erzielt wurden. Dämpfend wirkte vor allem die Abschwächung des Exports. Bei anhaltender Einfuhrzunahme hat das zu einer erheblichen Verschlech-

terung der Leistungsbilanz geführt. Die hieraus erwachsenden Gefahren für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht dürften sich durch die Belebung der Konjunktur in den USA vermindern, von der gerade der japanische Export begünstigt werden wird.

#### Welthandel wieder belebt

Im zweiten Halbjahr 1960 hatte der Welthandel stagniert und war vorübergehend sogar leicht geschrumpft, da die Ausdehnung der Importnachfrage Westeuropas zeitweise nicht ausreichte, den Rückgang der nordamerikanischen Einfuhren auszugleichen. Diese Tendenz wurde im ersten Quartal 1961 von einer erneuten Expansion abgelöst, aber immer noch waren die Umsätze nur wenig höher als vor einem Jahr. Der Übergang zu einer neuen Expansion kam dadurch zustande, daß die Einfuhr Westeuropas schneller als vorher zunahm, während zugleich die Einfuhr der USA — im wesentlichen infolge der beginnenden wirtschaftlichen Erholung — nicht mehr zurückging. Auch die Einfuhr der Rohstoffländer dürfte sich konjunkturell erhöht haben. Auf der Ausfuhrseite hatte Westeuropa ebenso wie bei den Einfuhren die relativ größte Umsatzausweitung aufzuweisen; gestiegen sind jedoch auch die Exporte der USA und der Rohstoffländer.

#### Rohstoffpreiserholung durch Sommerpause unterbrochen

Auf den Weltmärkten für industrielle Rohstoffe hörten Ende des vergangenen Jahres die Preisrückgänge auf. Mit Frühjahrsbeginn setzte sich ein Preisanstieg durch, der sich auf konjunkturelle Überwindung des Tiefpunkts in USA, saisonale und Sonderfaktoren (u. a. Streiks im Kupferbergbau, politische Ereignisse in der Kongo-Republik, in Laos und Kuba) stützte. Gleichwohl blieb das Preisniveau unter dem Vorjahresstand. Mitte Mai hat sich diese Tendenz bereits wieder geändert, da der saisonbedingte Nachfragerückgang einsetzte und zudem einige Sonderfaktoren fortfielen. Nach wie vor ist die Angebotselastizität bei den meisten Rohstoffen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sehr groß, so daß selbst bei weiterer konjunktureller Nachfragebelebung nur mit geringen Preissteigerungen zu rechnen ist. Ein starkes Unsicherheitsmoment der Beurteilung der weiteren Preisgestaltung bildet allerdings die zukünftige weltpolitische Entwicklung.

Auf den Nahrungs- und Genußmittelmärkten blieb, anders als bei den industriellen Rohstoffen, das Preisniveau im ersten Halbjahr 1961 praktisch unverändert, obwohl eine deutliche Nachfragebelebung zu beobachten war, die sich zum Teil aus umfangreichen Käufen des Ostblocks (Getreide, Zucker, Ölsaaten) erklärte. Nach den bislang vorliegenden Ernteschätzungen und in Anbetracht der voraussichtlich wenig zunehmenden Nachfrage nach pflanzlichen Erzeugnissen ist vorerst nicht mit einem Abbau der — allerdings nur begrenzt marktwirksamen — Weltvorräte zu rechnen, die vielfach weit über die Exportmengen eines Jahres hinausgehen. Daher ist der Spielraum für eine Erhöhung des Preisniveaus pflanzlicher Erzeugnisse sehr gering. Andererseits stehen nennenswerten Preisermäßigungen die vorhandenen Marktregulierungen entgegen. Auf den international wichtigen Märkten tierischer Produkte trifft im zweiten Halbjahr 1961 eine Erzeugungs-

zunahme in den Importländern, den USA und den westeuropäischen Ländern, mit einem voraussichtlichen größeren Gesamtangebot der Exportländer zusammen, so daß hier eine Abschwächung der Preise möglich ist.

#### Lage der Rohstoffländer wenig verbessert

Die Exportsituation der Rohstoffländer hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres etwas verbessert, weil die Preise der industriellen Rohstoffe leicht anzogen und zugleich die Absatzmengen zunahmen. Da das Preisniveau ihrer Ausfuhr Güter noch niedriger war als vor einem Jahr, waren aber die Ausfuhrerlöse kaum höher als im Vorjahr. Andererseits hat sich ihre Einfuhr zunächst besser gehalten und in letzter Zeit stärker zugenommen als die Ausfuhr, was zum Teil durch Rückgriff auf Währungsreserven, zum Teil durch erhöhte Inanspruchnahme kurzfristiger Kredite ermöglicht wurde. Das Handelsbilanzdefizit dieser Ländergruppe war daher beträchtlich höher als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Die Möglichkeit für eine Ausweitung der Importe nach der weiteren Erhöhung der Ausfuhrerlöse, die im Verlauf dieses Jahres erwartet werden kann, ist also von vornherein eingengt.

#### Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung in der westlichen Welt wird in der zweiten Hälfte des Jahres im Zeichen leicht verstärkter Auftriebskräfte stehen. So werden sich vor allem die nordamerikanischen Länder höherer Fortschrittsraten erfreuen. Aber auch Westeuropa dürfte das wirtschaftliche Wachstum im Tempo der letzten Monate beibehalten. Die reichlichen Kapazitätsreserven in Nordamerika und die ebenfalls in wichtigen Teilbereichen der europäischen Wirtschaften vorhandenen ungenutzten Kapazitäten, die — ebenso wie die Integrationsmaßnahmen — Ausdruck in einem unverändert starken internationalen Wettbewerb finden, dürften die Verwirklichung annähernder Preisstabilität erleichtern helfen.

Trotz dieser günstigeren konjunkturellen Konstellation in den Industrieländern werden Rohstoffländer nach wie vor auf wachsende Kapitalhilfe der Industrieländer angewiesen sein, um ihren steigenden Importbedarf zu finanzieren. Bisher haben trotz der verstärkten Bemühungen um eine erhöhte Kapitalbereitstellung für die Entwicklungsländer die tatsächlichen Kapitalleistungen erst wenig zugenommen. Die Ausleihungen der Weltbank haben sogar rückläufige Tendenz.

Die längerfristigen Konjunkturperspektiven werden dagegen beeinträchtigt von der Tatsache, daß es der Welt, vor allem auch den Industrieländern, noch immer nicht gelungen ist, die Zahlungsbilanzspannungen zu beseitigen. Wohl haben die akuten Zahlungsbilanznöte gegenwärtig nachgelassen, doch geht dies weniger auf eine Konsolidierung der zwischenstaatlichen Zahlungsströme zurück, sondern erklärt sich vielmehr vor allem aus verstärkter Inanspruchnahme von Überbrückungskrediten und kurzfristigen Kapitalbewegungen sowie aus Einflüssen einmaliger Faktoren.

Ein von Zahlungsbilanzspannungen freies stetiges weltwirtschaftliches Wachstum wird auf die Dauer aber wohl nur realisiert werden

können, wenn die großzügigere Hilfestellung durch den Internationalen Währungsfonds und die Notenbanken durch eine weltweite Bereinigung der fundamentalen Ungleichgewichte ergänzt wird.

#### Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Die konjunkturellen Spannungen, die die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik seit Herbst 1959 gekennzeichnet haben, klingen nun langsam ab, wozu auch die Aufwertung beiträgt. Auf einer Reihe von Märkten werden Tendenzen zu einer gleichgewichtigeren Entwicklung von Angebot und Nachfrage sichtbar.

Das Angebot an Gütern und Dienstleistungen aus der heimischen Produktion und der Einfuhr wächst nach wie vor verhältnismäßig rasch, wenn auch nicht mehr ganz so kräftig wie noch vor wenigen Monaten. In der ersten Hälfte 1961 war es um reichlich 7 vH höher als im Vorjahr.

Die Tendenzen zur Entspannung gehen vor allem von den Dispositionen der Wirtschaft auf dem Gebiet der Ausrüstungsinvestitionen aus. Der Auftragseingang bei den Investitionsgüterindustrien aus dem Inland läßt hier eine deutliche Zurückhaltung erkennen. Außerdem hat sich die Nachfrage aus dem Ausland, offensichtlich auch im Zusammenhang mit der Aufwertung, beruhigt. Zum ersten Male seit zwei Jahren sind neuerdings die Auftragsbestände bei den Investitionsgüterindustrien nicht mehr gewachsen.

Noch ungebrochen ist demgegenüber die Übernachfrage nach Hochbauleistungen, da hier die Erwartung weiter steigender Preise und jetzt auch der niedrigere Zins die Nachfrage anregen.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Knappheit an Arbeitskräften sind Löhne und Gehälter in fast unvermindertem Tempo weiter erhöht worden. Dies war für die nach wie vor kräftige Zunahme der Nachfrage auf den Verbrauchsgütermärkten entscheidend. Bei stark wachsendem Angebot aus dem Ausland hat sich das Niveau der Verbraucherpreise erfreulicherweise weniger stark erhöht, als es sonst bei einer so kräftigen Verbrauchskonjunktur zu erwarten gewesen wäre. Dabei sind die Preise für Ernährungsgüter immer noch etwas niedriger als vor Jahresfrist; in den letzten Monaten haben sie konjunkturell leicht angezogen.

Die beschleunigte Zunahme der Geldvermögensbildung in der Hand des Staates und der staatlichen Eigeninvestitionen haben den Anteil des Staates an der gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung beträchtlich erhöht. Da überdies die Lohn- und Gehaltssätze weit stärker gestiegen sind als die Produktivität, hat sich bei der gegebenen Marktsituation das Wachstum der Gewinne erheblich verlangsamt. Die Unternehmen haben daher ihre Investitionen in verstärktem Maße mit Krediten finanziert. Die Zinssenkung und die erhöhte Bankenliquidität kamen dem entgegen.

#### Noch hohe Investitionsausgaben, aber Zurückhaltung in den Dispositionen

Trotz der zurückhaltenden Dispositionen der privaten Investoren erhält das konjunkturelle Geschehen in der Bundesrepublik nach wie vor die stärksten Impulse von der Investitionstätigkeit. Im ersten Halbjahr 1961 nahmen die Investitionen weiter kräftig zu, jedoch konnte das

Wachstum des Vorjahres nicht ganz gehalten werden.

Die Bauinvestitionen stiegen allerdings in den ersten Monaten des Jahres nochmals stark an, da durch den Winterbau das Angebot an Bauleistungen vorübergehend gesteigert werden konnte. Im zweiten Vierteljahr wurden die Grenzen wieder deutlich sichtbar, die dem Wachstum der Bauinvestitionen gezogen sind. Zwar nahm die Zahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft nicht mehr ab, wie das in der zweiten Jahreshälfte 1960 der Fall gewesen war, der Arbeitskräftemangel wurde dadurch aber nur geringfügig gemildert, zumal die Arbeitszeit eher zurückging. Das Produktivitätswachstum hat nicht mehr zugenommen.

Im Tiefbau blieben die Produktionskapazitäten verhältnismäßig wenig ausgelastet. Sie könnten rationeller genutzt werden, wenn die öffentlichen Aufträge zeitlich besser verteilt würden, so daß die Tiefbaufirmen in der Lage wären, längerfristig zu disponieren.

Der verringerten Angebotselastizität im Hochbau steht eine unvermindert stark wachsende Nachfrage nach Bauleistungen gegenüber. Diese Konstellation wird auch im weiteren Verlauf des Jahres für den Markt für Hochbauleistungen kennzeichnend sein.

Die Ausgaben der heimischen Investoren für Ausrüstungsinvestitionen sind im ersten Halbjahr 1961 etwa im gleichen Maße wie in den vorhergehenden beiden Halbjahren gestiegen. Das inländische Investitionsgüterangebot blieb verhältnismäßig elastisch und wurde durch die nach wie vor stark zunehmende Einfuhr beträchtlich erweitert. Zudem haben die heimischen Investitionsgüterproduzenten in den letzten Monaten ihre inländischen Abnehmer vermutlich mit Vorrang bedient.

Die Bestände an Inlandsaufträgen sind in den Investitionsgüterindustrien bis April laufend gestiegen. Die Entwicklung der Auftragseingänge bei den Erzeugern von Investitionsgütern deutet seit der Jahreswende aber darauf hin, daß diese Bestände in der kommenden Zeit eher ab- als zunehmen werden. Zusammen mit den Beständen an Auslandsaufträgen sind sie jedoch noch so umfangreich, daß die Investitionsgüterproduktion im kommenden Halbjahr aller Voraussicht nach noch kräftig gesteigert werden wird. Retardierende Einflüsse auf die Ausrüstungsinvestitionen könnten von der Auftragsentwicklung in den kommenden Monaten nur dann ausgehen, wenn ein für die Investitionsgüterproduzenten unerwarteter Rückgang des Bestelleingangs eintreten sollte, den sie mit einer Streckung des vorhandenen Auftragsbestandes beantworten würden.

Der in der Entwicklung der Auftragseingänge erkennbare Wandel der Investitionsneigung der heimischen Wirtschaft mag darauf zurückzuführen sein, daß die Unternehmer nach der fast zwei Jahre andauernden Investitionswelle eine weniger stürmische Investitionstätigkeit anstreben, da sie bei einem unverminderten Investitionswachstum Überkapazitäten befürchten. Ebenso könnte eine Rolle gespielt haben, daß die ungünstigere Gewinnentwicklung den Selbstfinanzierungsspielraum so stark eingengt hat, daß man sich bei der Vergabe neuer Investitionsaufträge zurückhält.

## Nach wie vor Überschüsse der Öffentlichen Haushalte

Seit nunmehr zwei Jahren nehmen die Einnahmen der öffentlichen Haushalte beträchtlich rascher zu als das Sozialprodukt. Diese Entwicklung wird in der Hauptsache von den Einkommensteuern getragen, deren Aufkommen im ersten Halbjahr nochmals stärker stieg als schon bisher. Auch die übrigen Einnahmen der öffentlichen Haushalte — insbesondere indirekte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge — nahmen überproportional zu. Die öffentlichen Einnahmen insgesamt waren um 16 vH höher als im ersten Halbjahr 1960, bei einer Wachstumsrate des nominalen Sozialprodukts von etwa 11 vH.

Die Steigerung der Ausgaben für den öffentlichen Verbrauch blieb hinter der Einnahmentwicklung zurück, ging aber etwas über die Zuwachsrate des Sozialprodukts hinaus. Dabei stiegen die zivilen Ausgaben trotz der Lohn- und Gehaltserhöhungen im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Wachstums; die Ausgaben für militärische Zwecke nahmen dagegen rascher zu. Da zudem die Ausgabenzunahme der öffentlichen Haushalte für Einkommens- und Vermögensübertragungen (an private Haushalte, Unternehmungen, West-Berlin und das Ausland) hinter der Steigerung ihrer Einnahmen zurückblieb, nahm die Vermögensbildung im öffentlichen Sektor weit stärker als im privaten Bereich zu. Somit ergaben sich, trotz kräftig gestiegener öffentlicher Investitionen und vermehrter Darlehensgewährungen an das In- und Ausland, wiederum beträchtliche Kassenüberschüsse.

In der zweiten Jahreshälfte werden sich die bisherigen Tendenzen in der Entwicklung der Einnahmen, wenn auch abgeschwächt, fortsetzen. Auf der Ausgabenseite dürfte sich das Wachstum der Einkommensübertragungen zwar leicht beschleunigen, das des öffentlichen Verbrauchs jedoch, soweit sich bisher übersehen läßt, eher verlangsamen. Insgesamt verbleibt daher der öffentlichen Hand wohl wieder ein beträchtlicher Teil der Einnahmen zur Vermögensbildung. Selbst bei erheblicher Steigerung der Investitionsausgaben und forcierter Darlehensgewährung werden sich in der zweiten Jahreshälfte zwar geringere, aber immer noch hohe inlandswirksame Kassenüberschüsse ergeben.

## Unvermindert starke Ausweitung des privaten Verbrauchs

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind im ersten Halbjahr 1961 unvermindert rasch gestiegen und hielten mit der Entwicklung des Sozialprodukts Schritt. Von den drei großen Einkommensgruppen — Löhne, Gewinne und Einkommensübertragungen — sind die Lohneinkommen am stärksten gewachsen. Die Zunahme der Einkommensübertragungen blieb im laufenden Jahr, wenn auch weniger ausgeprägt als 1960, hinter der durchschnittlichen Einkommensentwicklung zurück. Die schwache Zunahme der Gewinneinkommen wirkte sich allem Anschein nach noch nicht auf die Höhe der verteilten Gewinne aus; diese stiegen nahezu im bisherigen Ausmaß.

Maßgebend für das Wachstum der Arbeitnehmerinkommen war neben der weiteren Zunahme der Beschäftigtenzahl vor allem die nach wie vor kräftige Erhöhung der Lohn- und Gehaltssätze (in der Größenordnung von 10 vH).

Die tatsächliche Arbeitszeit ist im Durchschnitt der ersten Jahreshälfte nicht weiter zurückgegangen, so daß von dieser Seite kein hemmender Einfluß auf das Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme ausging. Da deren Steuerbelastung erheblich zugenommen hat, sind die den privaten Haushalten verbleibenden Netto-Arbeitseinkommen wiederum merklich schwächer als die Bruttoeinkommen gestiegen. Bei den öffentlichen Einkommensübertragungen hatte die Erhöhung der Renten und Pensionen eine Steigerung, der Rückgang der Arbeitslosigkeit sowie die geringeren Einkommensübertragungen aus dem Lastenausgleich eine Verminderung der Auszahlungen zur Folge.

Die privaten Haushalte haben im ersten Halbjahr 1961 etwa den gleichen Anteil ihres Einkommens gespart wie vor einem Jahr; die Sparquote ist also nicht mehr weiter gesunken. Der Anteil der privaten Haushalte an der gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung ist weiter zurückgegangen.

Bemerkenswert beim privaten Verbrauch war neben der anhaltenden Vorliebe für Motorisierung die starke Zunahme der Nachfrage nach Bekleidung. Andererseits scheinen die Ausgaben für Haushaltsgeräte zumindest in den ersten Monaten des laufenden Jahres hinter den Erwartungen der Produzenten und des Handels zurückgeblieben zu sein; auf Teilgebieten kam es zu beträchtlichen Preisreduzierungen. Insgesamt lag das Preisniveau des privaten Verbrauchs im ersten Halbjahr um rd. 2 vH über dem Vorjahresniveau.

Das anhaltend rasche Wachstum des privaten Verbrauchs hat dazu geführt, daß trotz zunehmenden Angebots aus dem Ausland auch die Bestellungen bei den Verbrauchsgüterindustrien konjunkturell gestiegen sind. Besonders stark nahmen die Auftrageingänge bei der Bekleidungsindustrie zu.

In der zweiten Jahreshälfte dürfte der private Verbrauch weiter rasch wachsen, wenn auch nicht mehr ganz im bisherigen Ausmaß, da die Einkommensexpansion sich vermutlich etwas abschwächen wird und man annehmen kann, daß die Sparquote unverändert bleibt.

Für die Verlangsamung des Einkommenswachstums spricht, daß die Zahl der Beschäftigten nicht mehr so schnell steigen wird wie bisher, die durchschnittliche Arbeitszeit leicht abnehmen dürfte und auch die Lohn- und Gehaltssätze sich kaum mehr im bisherigen Ausmaß erhöhen werden. Andererseits werden die öffentlichen Einkommensübertragungen — in erster Linie infolge der nun beschlossenen Zahlung von Kindergeld auch für das zweite Kind und der Leistungsverbesserungen in der Unfall- und Krankenversicherung — etwas stärker zunehmen. Die verteilten Gewinne werden im zweiten Halbjahr weniger als im ersten Halbjahr wachsen.

#### Kaum nachlassende Leistungsbilanzüberschüsse

Das Wachstum der Ein- und Ausfuhr hat sich im ersten Halbjahr 1961 verlangsamt und blieb damit erstmals seit 1958 hinter der Zunahme des Sozialprodukts zurück. Dabei haben — abweichend von der bisherigen Tendenz — die Einfuhren etwas schwächer zugenommen als die Ausfuhren, so daß sich der Leistungsbilanzüberschuß (Außenbeitrag) im Vergleich zum Vorjahr erhöhte.

Ausschlaggebend hierfür war allein die Entwicklung der Warenbilanz; im Dienstleistungsbereich hat sich dagegen, vor allem wegen der fortschreitenden Passivierung im Reiseverkehr, der Einfuhrüberschuß erhöht.

Die Abschwächung des Wachstums der Einfuhr war einmal bedingt durch den Rückgang der Durchschnittswerte der Einfuhr, der sich nach der D-Mark-Aufwertung noch verstärkt hat. Vor allem fiel aber ins Gewicht, daß die Einfuhr von Ernährungsgütern infolge des reichlichen Inlandsangebots seit Mitte vergangenen Jahres zurückgegangen ist. Die Rohstoff- und Halbwareneinfuhr, die eine Zeitlang durch erhebliche Lager-einfuhren verstärkt worden war, hat konjunkturell nicht mehr zugenommen. Selbst die Aufwärtsbewegung der kommerziellen Fertigwareneinfuhr hat sich nicht im bisherigen Tempo fortgesetzt. Zwar ist die Einfuhr von Enderzeugnissen weiter kräftig gestiegen, die Einfuhr von Vorzeugnissen dagegen stagnierte.

Die Ausfuhr hat konjunkturell in den beiden ersten Monaten des Jahres kaum noch zugenommen. Nach der Aufwertung ließen die Exporte nach; es wäre jedoch verfrüht, diese Entwicklung bereits als einen grundsätzlichen Tendenzwandel zu deuten. Sie ist vielmehr zum Teil eine Folge der durch die Aufwertung niedrigeren Exporterlöse aus in ausländischer Währung abgeschlossenen Verträgen. Zum anderen dürften Preisverhandlungen zwischen den deutschen Exporteuren und ihren ausländischen Abnehmern Exportlieferungen verzögert haben. Obwohl sich die Auslandsnachfrage — wohl nicht zuletzt als Folge der Aufwertung — in den letzten Monaten merklich abgeschwächt hat, sind die hohen Bestände an unerledigten Aufträgen aus dem Ausland bis in die jüngste Zeit hinein noch gewachsen.

Es kann damit gerechnet werden, daß die Exporte im zweiten Halbjahr wieder leicht ansteigen werden, zumal sich auch der Rückgang der Auslandsnachfrage angesichts der zu erwartenden konjunkturellen Belebung in der westlichen Welt voraussichtlich nicht fortsetzen wird. Die Einfuhr wird aber kaum so viel stärker zunehmen als die Ausfuhr, daß der Überschuß der Warenbilanz geringer sein wird als im Vorjahr. Im Dienstleistungsbereich werden die Ausgaben vermutlich etwas schneller steigen als die Einnahmen. Der Leistungsbilanzüberschuß dürfte somit in der zweiten Jahreshälfte nur wenig unter seinem Vorjahrsstand liegen. Es ist daher damit zu rechnen, daß der Leistungsbilanzüberschuß im Jahre 1961 höher sein wird als 1960.

#### Abschwächung der Preisauftriebstendenzen

Entgegen den Erwartungen haben sich die konjunkturellen Preisauftriebstendenzen in den letzten Monaten abgeschwächt, vornehmlich als Folge der Aufwertung. Dabei war es weniger die Verbilligung der Importe für Roh- und Halbwaren als die Verschärfung des Auslandswettbewerbs, die viele Anbieter zu zurückhaltenderen Preisdispositionen zwang.

Die stärkere Auslandskonkurrenz beeinflusste vor allem den Preisverlauf in der verarbeitenden Industrie, aber auch in einigen Grundstoffindustrien. Die Preise der industriell erzeugten Verbrauchsgüter blieben im ersten Halbjahr — im Gegensatz zu der Entwicklung im gleichen Vorjahreszeitraum, in dem sie spürbar angezogen hatten — weitgehend stabil.

Im Preisniveau des privaten Verbrauchs konnte sich die Aufwertung noch nicht auswirken. Die Preise sind hier fast durchweg weiter gestiegen, vor allem als Folge der vorausgegangenen Preissteigerungen in der Erzeugerstufe. Die Dienstleistungspreise haben sich weiter leicht erhöht; das gleiche gilt für die Neubaumieten. Auch die Nahrungsmittelpreise zogen in den letzten Monaten konjunkturell wieder an; der Preisindex für die Ernährung war aber im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1961 noch um 1 vH niedriger als ein Jahr zuvor.

Tendenzen zu Preiserhöhungen werden weiterhin von den Lohnsteigerungen ausgehen. Die Auslandskonkurrenz wird es aber den Unternehmen erschweren, die damit verbundenen Kostensteigerungen entsprechend weiterzuwälzen. In den Investitionsgüterindustrien werden die Preise auch wegen der veränderten Marktlage wahrscheinlich nur wenig erhöht werden.

Durch die großen Vorjahrsernten wurde der Preisanstieg der Lebenshaltung gebremst. In Zukunft werden die sich wieder normalisierenden Preise der pflanzlichen Produkte den Preisanstieg verstärken. Die Erzeugerpreise der tierischen Produkte werden dagegen nicht weiter steigen, da das Angebot auf diesen Märkten in gleichem Maße zunehmen dürfte wie die Nachfrage. Doch weiten sich hier, wie bei anderen Nahrungsmitteln, die Handels- und Verarbeitungsspannen tendenziell fortlaufend aus.

Im ganzen werden sich die konjunkturellen Preisauftriebstendenzen im Bereich des privaten Verbrauchs im zweiten Halbjahr 1961 abschwächen. Der zu erwartende Anstieg der Nahrungsmittelpreise wird trotzdem dazu führen, daß das Preisniveau für die Güter und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs im zweiten Halbjahr 1961 das Vorjahrsniveau etwas stärker überschreiten wird, als dies im ersten Halbjahr der Fall war.

#### Fortsetzung der Zinssenkungspolitik

Da die Wirtschaft in den vergangenen Monaten in stark erhöhtem Maße Mittel an die öffentliche Hand verlor und ihre im Außenhandel erzielten Nettoeinnahmen (Leistungsbilanzüberschüsse) nicht entsprechend zunahm, war sie gezwungen, sich in verstärktem Umfang zu verschulden. Infolge der Zinssenkungspolitik der Bundesbank und des weiterhin kräftigen Zustroms vergleichsweise billiger Fremdmittel aus dem Ausland war ihr dies aber zu erheblich günstigeren Bedingungen als bisher möglich.

Die Verbesserung der Kapitalmarktbedingungen hat insbesondere die Finanzierung des Wohnungsbaus erleichtert. Die Zinssenkungstendenz, die sich unter dem Einfluß der Wertpapierkäufe des Auslandes schon vor dem Kurswechsel der Bundesbank angebahnt hatte, setzte sich in diesem Jahr in raschem Tempo fort, da nunmehr auch die inländischen Banken ihre Wertpapierbestände wieder anreicherten.

Maßgebend hierfür war neben den durch die Diskontpolitik geförderten Kursgewinnerwartungen die verbesserte Liquiditätssituation bei den Banken. Eine der Quellen der Liquiditätsanreicherung war der Devisenzustrom; außerdem trug die Bundesbank durch eine mehrfache Freigabe von Mindestreserven zur Erhöhung der Bankenliquidität bei. Der aus diesen beiden Quellen

gespeiste Liquiditätszufluß war so stark, daß er den ebenfalls beträchtlichen Liquiditätsentzug durch die öffentliche Hand erheblich übertraf.

Infolge der zunehmenden Bankenliquidität und der Herabsetzung der Sätze für Geldmarktpapiere der Bundesbank hat sich das Zinsgefälle gegenüber den wichtigsten Geldmärkten des Auslandes beträchtlich verringert. Da außerdem seit Mai dieses Jahres die jeweiligen Auslandsanlagen gegen die mindestreserverpflichtigen Verbindlichkeiten der Banken gegenüber Devisenausländern aufgerechnet werden können, lohnte es sich für die Banken, wieder Geld zu exportieren. Diese Geldexporte wirkten den Devisenzuflüssen soweit entgegen, daß sich die Währungsreserven der Bundesbank, die im April infolge öffentlicher Kapitalexporte (Schuldentilgung) beträchtlich abgenommen hatten, in den letzten Monaten nur noch wenig erhöhten.

Im langfristigen privaten Kapitalverkehr hielt dagegen der Nettokapitalimport bis vor kurzem weiter an, zumal das hierfür maßgebende Zinsgefälle noch nicht genügend verringert worden war. Die jüngste Entwicklung (starke Wertpapierverkäufe des Auslandes) zeigt, daß der Kapitalzins zur Zeit noch sehr anfällig gegen Schwankungen der Anlagebereitschaft des Auslandes ist. Auch wenn sich der 5 %ige Wertpapierzins demnächst durchsetzen sollte, wäre der Kapitalzins auf den maßgebenden Märkten des Auslandes immer noch beträchtlich niedriger. Das Ziel der Zahlungsbilanzpolitik, den Überschuß der laufenden Posten durch langfristige Kapitalexporte auszugleichen, ist noch nicht erreicht.

#### Ausblick

Die Tendenzen zur konjunkturellen Entspannung werden in den kommenden Monaten anhalten, ja sich wohl noch verstärken.

Das Wachstum der Produktion wird sich weiter verlangsamen, da sich das Angebot an Arbeitskräften verringern, die durchschnittliche Arbeitszeit etwas zurückgehen und die Produktivität nur etwa in dem gleichen, gegenüber dem Jahr 1960 erheblich reduzierten, Tempo wachsen wird wie in der ersten Jahreshälfte. Die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts dürfte daher im zweiten Halbjahr 1961 etwa 5 vH betragen.

Nach zwei Jahren teilweise hektischer Übernachfrage scheint sich nun durch maßvollere Dispositionen der Wirtschaft eine Entwicklung anzubahnen, die die Ausweitung der Gesamtnachfrage besser als bisher mit den zu erwartenden Ausweitungsmöglichkeiten des gesamtwirtschaftlichen Angebots in Einklang bringt. Greift die Entspannung weiter um sich, dann werden die für die Stetigkeit des Wachstums nicht unbedenklichen Verzerrungen in der Struktur der volkswirtschaftlichen Produktion, vor allem das Ungleichgewicht zwischen Investition und Verbrauch, schwinden und damit auch günstigere Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der Anstieg des Preisniveaus, den die bekannten Sonderfaktoren in den letzten beiden Jahren teilweise verdeckt hatten, der erwünschten Stabilität Platz macht. Dies gilt besonders dann, wenn die preissenkenden Wirkungen der Aufwertung anhalten.

Eine Entspannung ist bisher freilich erst in Teilbereichen der Wirtschaft zu erkennen. Auch in den kommenden Monaten wird die konjunkturelle Entwicklung noch Züge der Übernach-

frage und der Anspannung tragen. So wird die preistreibende Überforderung des Produktionspotentials im Hochbau anhalten, obwohl da und dort öffentliche Bauvorhaben zurückgestellt werden. Durch die Mäßigung einzelner öffentlicher Bauherren wird jedoch die Ausweitung der Gesamtausgaben des Staates für zivile und militärische Zwecke und damit die wachsende Beanspruchung des Angebots an Gütern und Dienstleistungen von dieser Seite her sicherlich nicht spürbar vermindert. Desgleichen werden die Ausgaben der privaten Haushalte weiterhin stark steigen, da die Expansion der Einkommen durch die Lohn- und Gehaltserhöhungen zunächst in ihrem Tempo kaum wesentlich nachlassen wird. Selbst wenn die Einfuhren die Verbrauchsgütermärkte weiterhin spürbar entlasten, muß fürs erste noch mit Erhöhungen des Preisniveaus im privaten Verbrauch gerechnet werden, zumal die Preise für Ernährungsgüter voraussichtlich weiter steigen werden. Trotz des Rückgangs der Bestellungen bei den Investitionsgüterproduzenten werden außerdem die Ausgaben der Wirtschaft für Ausrüstungsinvestitionen auch in der zweiten Jahreshälfte noch so kräftig zunehmen, daß sich die Investitionsquote zunächst noch erhöhen wird.

Das rasche Wachstum der öffentlichen Vermögensbildung in Gestalt der Kassenüberschüsse ist ordnungspolitisch sicher nicht erwünscht. Unter der gegebenen konjunkturellen Konstellation wachsender Investitionsquote und zunehmenden Überschusses der Leistungsbilanz, mußte es in Kauf genommen werden, da andernfalls die Übernachfrage noch exzessivere Formen angenommen hätte. Das Wachstum der Kassenüberschüsse hat aber seinen Höhepunkt wohl schon erreicht, wenn nicht überschritten.

Unter allen diesen Umständen ist die Wirtschaftspolitik gut beraten, wenn sie im Interesse der Stetigkeit des Wachstums, der Stabilität des Geldwertes und damit eines optimalen Wachstums die Entspannung auf den Investitionsgütermärkten und damit eine leichte Senkung der Investitionsquote als positive Entwicklung wertet. Sollte entgegen allen Erwartungen späterhin die Investitionsneigung unerwünscht stark nachlassen, so könnten expansive Maßnahmen leicht und ohne fiskalpolitische Bedenken ergriffen werden. Solche Gefahren sind um so geringer zu veranschlagen, als die von der Bundesbank im Interesse des Zahlungsbilanzausgleichs eingeschlagene Politik die Ausweitung der Gesamtnachfrage erleichtert.

Das DIW Berlin hat eine andere Auffassung über die konjunkturelle Problematik der Gegenwart und ihre möglichen Folgen:

Bei den Anlagen in Ausrüstung dürfte die Investitionsneigung weiter zurückgehen. Weder vom Endabsatz noch von der Gewinnentwicklung her — der Rückgang der unverteilter Gewinne wird sich vielmehr beschleunigen —, sind Anzeichen für eine Änderung des rückläufigen

Trends in der Auftragserteilung an die Investitionsgüterindustrien und an die ihnen vorgelegte Erzeugung von Grundstoff- und Bergbauprodukten zu erkennen. In diesen Zweigen ist daher mit konstanten Preisen, sinkenden Beständen an Inlandsaufträgen und möglicherweise mit Anpassungen im Erweiterungstempo des Angebots zu rechnen.

Dies wirft die Frage auf, ob im nächsten Jahr der bisherige — durch hohe Investitionsquoten und große Produktivitätssteigerungen auf der Angebotsseite, starke Einkommensausweitungen auf der Nachfrageseite determinierte — Wachstumspfad von mehr als 5 vH realer Sozialproduktsteigerung verlassen wird. Da die starke Zunahme der Arbeitnehmerinkommen und der öffentlichen Einnahmen sich kaum ändern und der Spielraum der Unternehmen zu Preiserhöhungen in der Auslandskonkurrenz weiterhin enge Grenzen finden wird, muß aller Voraussicht nach die Verlagerung der Einkommens- und Vermögensverteilung von den Unternehmen zur öffentlichen Hand anhalten: Inlandswirksame Kassenüberschüsse des Staates einerseits, nochmalige Abschwächung der Nettogewinne andererseits werden das Verteilungsbild kennzeichnen.

Unter diesen Umständen ist es möglich, daß die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen nachhaltig zurückgeht. Die für Auslastung und Steigerung des Produktionspotentials fruchtbare Spannung in der Angebots-Nachfrage-Konstellation wäre dann abgeklungen, ein beträchtlich niedrigerer Wachstumspfad mit einer geringeren Investitionsquote und Produktivitätssteigerung würde eingeschlagen werden. Die Preisentwicklung würde davon wenig berührt werden, da die Unternehmen durch die stark gestiegenen und weiter steigenden Kosten in der Preisbildung nach unten ebenso wenig Spielraum haben würden wie auf Grund der Marktlage nach oben.

Es ist daher erwünscht, daß die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen nicht — wie zu erwarten — unter das bereits gedrückte Niveau des zweiten Halbjahres 1961 sinkt. An neuen stützenden Einflüssen ist bisher nur die — an sich zahlungsbilanzorientierte — Zinssenkungspolitik der Bundesbank vorhanden. Sie allein reicht aber bei der geringen Zinselastizität der meisten Ausrüstungsinvestitionen nicht aus; eine Korrektur der seit zwei Jahren gestiegenen Steuerbelastung der Volkswirtschaft wird hinzutreten müssen. Der Entschluß zu einer wachstumspolitischen Steuersenkung kann von der weiteren Entwicklung für Auftragseingänge in den Investitionsgüterindustrien abhängig gemacht werden; die administrative Vorbereitung müßte aber bereits jetzt in Angriff genommen werden, wenn sie nicht zu spät kommen soll. Die Aufrechterhaltung hohen Wirtschaftswachstums würde erleichtert werden, wenn bei der Durchsetzung von Lohn- und Gehaltsforderungen steuerliche Entlastungen für die Arbeitnehmer berücksichtigt werden könnten.

*Der nächste Wochenbericht erscheint am Freitag, dem 28. Juli 1961*

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 u. Bonn, Koblenzer Str. 170.  
 Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.  
 Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.  
 Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.  
 Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.



Gegenstand *)	Einheit †)	1960										1961				
		April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	
Anzahl der Werktage:		24	25	23,2	26	26,9	26	26	24,3	26	25,7	24	o) 26	24	24	
<b>Kredite an Nichtbanken</b>																
Zentralbankensystem	Mill. DM	E	1469	1531	1579	1539	1545	1558	1554	1593	1804	1660	1700	1729	1971	2080
Kreditbanken	"	"	39467,2	39708,7	40355,3	40653,2	40794,1	41923,2	41702,5	41825,1	43076,8	43106,0	44062,8	44811,4	45157,6	
an Wirtschaft u. Private	"	"	31699,6	31860,5	32653,5	32811,0	32962,2	34048,5	34019,1	34333,2	35683,7	35547,4	36237,4	37157,8	37538,9	
kurzfristige Kredite	vH	"	67,6	67,5	68,0	67,9	67,6	68,3	68,2	68,3	69,4	68,8	69,2	69,6	69,4	
dar. Wechselkredite	"	"	31,0	30,8	29,8	30,0	29,6	29,2	29,9	29,0	31,4	30,3	29,9	30,3	29,8	
mittelfristige Kredite	"	"	12,4	12,4	12,3	12,3	12,4	12,2	12,1	12,1	11,8	12,1	12,1	12,0	12,2	
langfristige Kredite	"	"	20,0	20,1	19,7	19,8	20,0	19,5	19,7	19,6	18,8	19,1	18,7	18,4	18,4	
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	1494,4	1514,7	1439,5	1432,9	1441,2	1447,9	1461,1	1457,2	1516,7	1536,1	1565,2	1619,0	1596,6	
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	6273,2	6333,5	6262,3	6409,3	6390,7	6426,8	6222,3	6034,7	5876,4	6022,5	6260,2	6034,6	6022,1	
Übrige Kreditinstitute 1)	"	"	104604,8	105750,2	106787,5	107788,8	108500,2	109901,5	110969,0	112473,7	113586,7	114871,3	116425,3	118232,7	119630,4	
an Wirtschaft u. Private	"	"	74222,7	75240,9	76144,9	76758,8	77379,9	78641,1	78547,5	80621,8	81438,7	82093,1	83206,7	84335,1	85300,1	
kurzfristige Kredite	vH	"	20,7	20,6	20,8	20,5	20,0	20,3	20,3	20,1	20,0	19,9	19,9	20,1	20,1	
dar. Wechselkredite	"	"	7,9	8,0	7,8	7,8	7,6	7,7	7,7	7,5	7,5	7,4	7,3	7,4	7,4	
mittelfristige Kredite	"	"	8,4	8,3	8,3	8,3	8,3	8,4	8,5	8,4	8,5	8,4	8,3	8,4	8,4	
langfristige Kredite	"	"	70,9	71,1	70,9	71,2	71,7	71,2	71,5	71,5	71,5	71,7	71,8	71,5	71,5	
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	"	17747,1	17932,8	18115,5	18488,4	18579,2	18640,4	18861,1	19112,5	19319,9	19870,9	20063,8	20388,6	20598,0	
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	"	12635,0	12576,5	12527,1	12541,6	12541,1	12620,0	12688,3	12739,4	12828,1	12907,3	13154,8	13509,0	13732,3	
<b>Bargeldumlauf und Bank- einlagen</b>																
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill. DM	E	19797	19695	19971	20500	20256	20946	20549	21050	20772	20376	20721	21581	21563	21274
Sicht- u. Termineinlagen, ges.	"	"	49434	50967	51128	50583	51212	51808	53235	52892	54257	53344	54327	55206	56603	58789
von Wirtschaft und Privaten	"	"	36612	37325	36485	36916	37229	36536	37711	37700	38916	37306	37868	37486	38609	39491
Sichteinlagen	vH	"	67,8	68,4	69,2	68,7	68,8	68,8	68,7	69,3	70,5	68,4	67,7	67,7	67,6	68,4
Termineinlagen	"	"	32,2	31,6	30,8	31,3	31,2	31,2	31,3	30,7	29,5	31,6	32,3	32,3	32,4	31,6
von deutschen öffentlichen Stellen	Mill. DM	"	12822	13642	14643	13667	13983	15272	15524	15192	15341	16038	16459	17720	17994	19298
Sichteinlagen bei Kreditinsti- tuten	vH	"	23,6	23,1	22,2	21,3	22,6	20,4	19,7	22,1	24,9	19,7	21,0	18,4	17,3	18,1
Sichteinlagen beim ZBS	"	"	15,0	17,4	23,3	20,4	18,6	27,1	28,6	22,9	21,6	28,5	26,3	33,3	34,1	33,3
Termineinlagen	"	"	61,4	59,5	54,5	58,3	58,8	52,5	51,7	55,0	53,5	51,8	52,7	48,3	48,6	48,6
ERP-Sondervermögen	Mill. DM	"	80	341	375	352	300	272	198	144	120	204	172	280	234	165
Spareinlagen	"	"	47562	48062	48419	48875	49447	49879	50588	50939	52863	53963	54816	55281	55484	55996
<b>Deutsche Bundesbank</b>																
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	E	25497,9	26228,2	27766,8	28632,4	29375,5	30388,7	31343,6	31657,8	32005,6	31429,0	31464,6	31679,1	29902,5	30027,7
Gold	"	"	11197,3	11365,3	11488,3	11645,3	11881,6	11982,1	12091,1	12209,1	12283,9	12400,2	12528,9	12780,6	13021,7	13545,2
Guthaben bei ausländisch. Banken Sorten, Wechsel, Schecks	"	"	14163,5	14706,9	16104,7	16846,2	17360,8	18250,1	19091,8	19283,3	19562,5	18864,9	18813,5	18691,2	16623,4	16166,5
	"	"	187,1	156,0	173,8	140,9	133,3	156,5	160,7	165,4	157,2	163,9	122,2	207,3	257,4	316,0
<b>Wertpapiermarkt</b>																
Absatz an festverz. Schuldver- schreibungen und Aktien 2)	Mill. DM	S	542,9	359,8	333,2	634,5	561,8	699,2	520,1	397,0	567,4	1665,5	878,3	1217,8	680,3	798,6
Pfandbriefe	vH	"	34,6	43,4	32,6	49,4	46,3	20,7	43,3	28,0	37,2	20,8	28,1	23,5	39,0	30,0
Kommunalobligationen	"	"	16,8	15,5	14,2	22,4	30,1	13,5	24,9	11,1	15,4	11,9	31,6	21,6	30,9	28,2
Öffentliche Anleihen	"	"	5,2	0,9	0,5	0,6	3,0	46,0	19,4	49,1	15,8	49,3	52,4	18,9	16,3	24,5
Industrieobligationen	"	"														
Aktien	"	"	43,4	40,2	52,7	27,6	20,6	19,8	12,4	11,8	31,6	2,4	0,1	6,5		
Kursdurchschnitt 3)	"	"														
Aktien 4)	31.12.53=100	D	536,2	574,5	662,8	714,8	782,9	781,1	749,4	718,4	703,6	694,9	686,6	680,9	694,0	730,5
4%ige Wertpapiere	vH	"	103,52	103,47	103,00	102,75	102,78	102,57	102,44	102,21	100,58	99,66	100,18	100,67	101,00	101,84
5%ige Pfandbriefe	"	"	111,99	111,96	111,35	111,12	111,09	110,92	110,60	109,99	108,60	109,55	111,01	112,83	113,59	114,30
5%ige Kommunalobligationen	"	"	111,41	111,42	111,13	111,02	110,94	110,85	110,58	110,05	108,81	109,37	110,74	112,41	113,11	113,98
5 1/2%ige Pfandbriefe	"	"	113,29	113,32	112,89	112,59	112,47	112,34	112,13	111,65	110,41	111,44	112,84	114,66	115,13	115,62
8%ige Industrieobligationen 5)	"	"	104,18	104,81	103,88	103,39	103,69	103,72	103,52	103,39	103,01	103,11	103,06	103,08	103,43	103,84
<b>Finanzen</b>																
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder 6)	Mill. DM	S	3603,8	4216,4	6178,5	3995,5	4545,6	6526,1	4288,4	4609,8	7618,6	4940,4	4416,8	6595,7	4368,2	
Besitz- und Verkehrsteuern 7)	"	"	1286,5	1506,1	3880,8	1572,2	1874,1	4110,3	1645,3	1732,9	4998,7	2099,4	1789,6	4276,4	1748,6	1882,0
Lohnsteuer	"	"	526,7	584,9	603,3	702,8	741,7	755,3	835,1	760,8	866,1	1018,7	709,5	573,9	744,9	749,7
Veranl. Einkommenst.	"	"	244,9	251,0	158,6	294,9	276,1	127,2	318,8	282,6	1991,3	356,3	317,8	1898,9	388,8	349,5
Körperschaftsteuer	"	"	133,0	121,3	123,8	156,9	142,6	121,5	115,8	148,3	1733,3	273,3	158,1	1417,0	182,6	148,2
Umsatzsteuer	"	"	1329,8	1509,1	1308,6	1329,5	1332,8	1357,0	1450,4	1447,3	1438,2	1767,1	1299,2	1253,9	1501,2	1396,5
Zölle und Verbrauchst.	"	"	904,4	1015,5	936,0	1031,4	1027,4	1018,2	1098,6	1038,5	1115,9	989,6	960,2	1012,1	1042,2	1055,6
Lastenausgleichsabgaben 8)	"	"	83,1	385,7	48,1	62,4	311,3	40,6	94,1	391,1	65,8	84,3	367,8	53,3	76,2	
<b>Außenhandel</b>																
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	S	3432	3586	3617	3642	3366	3378	3768	3680	4201	3483	3195	3654	3641	3736
Ausfuhr, insgesamt	"	"	3742	3979	3786	4077	3569	3887	4187	4249	5042	3900	4047	4301	4368	4035
Saldo 9)	"	"	+ 310	+ 392	+ 169	+ 435	+ 203	+ 509	+ 419	+ 569	+ 841	+ 417	+ 852	+ 647	+ 727	+ 299
Einfuhrvolumen 10)	"	"	3734	3834	3858	3898	3650	3663	4100	4030	4599	3608	3509	4059	4135	4157
Ausfuhrvolumen 11)	"	"	3656	3812	3631	3930	3432	3777	4055	4060	4799	3700	3870	4105	4242	3875
Terms of Trade 12)	1954=100	D	110,9	110,6	110,6	111,8	113,0	112,0	112,0	115,4	115,4	115,4	115,4	116,7	117,0	116,0
<b>Einfuhr</b>																
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	S	931	953	868	919	806	867	957	987	1076	814	806	875	908	904
Rohstoffe	"	"	718	771	744	767	767	739	753	761	943	837	713	796	810	784
Halbwaren	"	"	630	669	679	753	686	662	761	676	685	733				



Gegenstand	Einheit †)		1959		1960		1961				1961							
			1959	1960	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April		
<b>Bevölkerung<sup>1)</sup></b>																		
Geburtenüberschuß, absolut . . .	Anzahl	S	62088	59340	o) 3751	o) 1787	2956	1286	-720	4108	5072	4943	4959	5549	7845	.	.	.
„ je 1000 d. Bevölkerg.	Jahresbasis		3,6	3,4	o) 2,7	o) 1,2	2,0	0,9	-0,5	2,9	3,6	3,0	3,4	4,2	5,3	.	.	.
<b>Flüchtlingsbewegung<sup>2)</sup></b>																		
Geprüfte Notaufnahmeanträge in West-Berlin . . . . .	Anzahl	S	67476	81924	4494	4153	5087	4689	7011	6733	7543	5578	7221	4678	16751	16957	.	.
„ Uelzen . . . . .	„	„	50020	59402	4203	3202	2968	3044	3679	3839	7207	5561	5340	4082			.	.
„ Gießen . . . . .	„	„	30151	50508	2480	2075	2223	2120	2308	3269	6413	4745	4626	4484	.	.	.	
Aufgenomm. Flüchtlinge, insges. dar. in West-Berlin . . . . .	„	„	137437	186640	10317	8759	9547	9229	12315	13380	20815	15486	16907	12903	16653	16579	.	.
Aus West-Berlin ausgeflogen . . .	„	„	60514	79065	3993	3723	4552	4287	6541	6469	7388	5449	7106	4537	.	.	.	.
dar. Jungendliche <sup>3)</sup> . . . . .	„	„	66212	82771	4518	3751	4634	4206	6371	6661	7918	6028	6505	4520	.	.	.	.
dar. West-Berliner <sup>4)</sup> . . . . .	„	„	16309	20229	1138	842	1080	1035	1475	1547	1667	1169	1570	1346	.	.	.	.
<b>Industrie<sup>1) 4)</sup></b>																		
Bruttoproduktion (o. Bauleistg.) <sup>5)</sup> dar. halbstaatl. Betriebe . . . .	Mill. DM-Ost vH	S	65676	71116	5821	5867	5211	5424	6210	5605	6392	6580	5730	5698	6511	5882	.	.
„ private Betriebe . . . . .	„	„	6,0	6,1	6,1	6,2	6,4	6,8	6,7	6,9	7,5	7,5	7,5	7,8	7,9	8,0	.	.
Produkt. ausgewähl. Erzeugnisse																		
Elektroenergie . . . . .	Mill. kWh	S	37248	42996	3336	3470	3431	3293	3423	3141	3598	3771	3790	3398	3654	3344	.	.
Rohbraunkohle . . . . .	Mill. t	S	214,8	225,6	17,9	18,5	18,3	17,9	19,2	18,4	19,1	19,1	20,1	18,7	20,7	19,3	.	.
Braunkohlenbriketts . . . . .	1000 t	S	54051	56052	4377	4552	4436	4351	4735	4614	4671	4947	4756	4416	5020	4793	.	.
Roheisen . . . . .	„	„	1898,4	1994,4	149,9	157,6	167,5	161,5	160,4	156,1	174,5	172,8	167,8	155,4	165,4	157,3	.	.
Rohstahl in Blöcken . . . . .	„	„	3207,4	3357,2	268,3	275,2	264,2	268,3	292,4	282,4	288,6	297,1	293,6	264,2	290,5	279,8	.	.
Walzstahl, warmgewalzt . . . . .	„	„	2487,5	2308,8	215,5	214,7	177,2	186,5	221,3	170,5	207,2	216,0	194,2	197,0	210,2	182,5	.	.
Schwefelsäure . . . . .	1000 t SO <sub>3</sub>	„	562,4	596,4	46,8	51,8	48,5	43,3	48,3	48,9	50,9	52,2	52,5	44,4	54,9	52,9	.	.
Kalziumcarbide . . . . .	1000 t	„	887,5	922,8	72,8	73,9	76,3	74,8	77,1	76,7	72,1	75,0	71,7	76,7	83,7	81,8	.	.
Stickstoffdünger . . . . .	1000 t N	„	329,1	333,6	26,5	29,5	28,4	27,1	30,4	27,3	27,6	28,8	28,2	26,5	29,7	27,3	.	.
Phosphordünger . . . . .	1000 t P <sub>2</sub> O <sub>5</sub>	„	158,8	165,6	9,8	7,8	11,5	14,9	16,9	15,2	13,7	12,0	10,7	9,2	14,5	17,0	.	.
Synthetischer Kautschuk . . . . .	t	„	85202	85536	7198	6569	6794	6930	7472	7228	6830	6370	7026	6598	7661	7245	.	.
Zement . . . . .	1000 t	„	4205,0	5031,6	395,4	382,2	387,5	348,7	426,0	423,4	447,7	431,7	391,3	387,8	465,2	441,6	.	.
Kühlschränke . . . . .	Stück	„	86581	138552	8391	10157	7298	8153	9894	10405	12784	14114	11302	11484	12919	11287	.	.
Fernsehempfänger . . . . .	„	„	289736	416484	31394	32601	25010	28237	35195	35593	35323	35580	35544	32820	36569	35199	.	.
Baumwollgewebe . . . . .	Mill. qm	„	240,6	254,4	20,2	21,6	17,2	19,8	22,2	19,5	22,9	24,0	21,3	21,5	24,4	20,3	.	.
Zellstoff aller Sorten . . . . .	1000 t atro	„	337,0	336,0	28,7	27,8	26,8	26,7	28,8	28,7	28,7	27,0	27,5	26,5	29,6	27,9	.	.
Papier aller Sorten . . . . .	1000 t	„	515,0	542,4	45,0	42,4	43,4	43,8	48,5	42,6	48,8	45,3	47,6	44,7	51,4	45,2	.	.
Karton und Pappe . . . . .	„	„	259,2	267,6	21,5	20,7	20,7	22,4	24,2	21,7	23,5	22,3	23,1	21,8	24,3	21,3	.	.
Margarine . . . . .	„	„	173,8	181,2	20,8	15,2	10,1	13,4	16,3	16,4	15,3	14,3	9,8	13,1	16,5	13,1	.	.
<b>Bau (ohne Bauhandwerk)<sup>1)</sup></b>																		
Bauarbeiter <sup>7)</sup> . . . . .	1000	D	233,3	229,4	236,5	235,2	229,0	228,0	229,3	231,9	227,9	226,2	218,7	216,4	215,9	218,1	.	.
<b>Landwirtschaft<sup>1)</sup></b>																		
Landwirtsch. Produktionsg. (LPG) Mitglieder . . . . .	Anzahl	E	10132	19261	.	10465	10152	10817	16479	19323	19319	19261	.	.	18850	.	.	.
Landwirtschaftliche Nutzfläche . .	1000 ha	„	435,4	961,5	.	448,2	461,9	498,5	744,8	894,7	960,7	961,5	.	.	894,7	.	.	.
Anteil a. d. ges. landw. Nutzfl. <sup>8)</sup>	vH	„	2794,3	5420,5	.	2896,9	2983,4	3184,9	4737,5	5382,0	5426,4	5420,5	.	.	5412,5	.	.	.
			45,1	84,4	.	45,1	46,3	49,4	73,5	83,5	84,3	84,4	.	.	84,2	.	.	.
<b>Verkehr<sup>1)</sup></b>																		
Gütertransportmenge, insges. . . .	Mill. t	S	500,4	523,2	43,6	41,3	35,9	37,3	42,6	42,8	45,9	45,5	41,4	40,2	46,2	44,8	.	.
dar. Anteil Reichsbahn . . . . .	vH	„	45,8	45,4	46,1	46,5	48,5	48,3	47,4	45,8	46,3	46,2	48,8	47,8	47,0	45,1	.	.
„ Kraftwagen . . . . .	„	„	51,3	51,8	50,2	50,8	49,6	50,4	49,8	51,4	50,3	51,2	49,5	50,5	50,2	52,2	.	.
Gütertransportleistung, insges. . .	Mill. tkm	S	47743	50582	3946	4028	3802	3616	4249	4294	4723	4925	3887	3880	4636	4508	.	.
davon Anteil Reichsbahn <sup>9)</sup> . . . .	vH	„	66,4	64,9	69,2	69,7	63,7	70,3	65,9	62,7	61,6	66,2	65,4	67,8	67,3	63,8	.	.
„ Binnenschifffahrt <sup>10)</sup> . . . . .	„	„	5,0	4,5	5,5	3,2	2,4	1,5	4,5	5,4	4,4	4,3	2,5	2,4	4,5	4,7	.	.
„ Seeschifffahrt . . . . .	„	„	19,0	20,7	15,1	17,2	25,0	18,4	20,3	22,9	24,6	19,1	22,2	20,2	19,0	22,2	.	.
„ Kraftwagen . . . . .	„	„	9,6	9,9	10,2	9,9	8,9	9,8	9,3	9,0	9,4	10,4	9,9	9,6	9,2	9,3	.	.
<b>Einzelhandel<sup>1)</sup></b>																		
Einzelhandelsumsatz, insges. . . .	Mill. DM-Ost	S	42053	44839	3738	4696	3016	3140	3603	3665	4015	5011	3245	3337	3985	3684	.	.
dar. Nahrungs- u. Genussmittel . .	vH	„	56,9	55,5	52,9	52,7	58,3	57,3	56,0	56,4	51,7	50,7	56,7	56,1	55,0	55,1	.	.
Industriewaren . . . . .	„	„	43,1	44,5	47,1	47,3	41,7	42,7	44,0	43,4	48,3	49,3	43,3	43,9	45,0	44,9	.	.
Umsatzanteil HO <sup>11)</sup> . . . . .	„	„	43,6	43,7	44,0	44,1	41,5	43,8	44,2	43,6	44,1	45,4	43,8	44,0	44,1	42,9	.	.
„ Konsum . . . . .	„	„	31,7	32,9	32,1	32,4	30,1	28,5	32,3	32,3	33,4	33,4	33,4	33,5	33,3	32,7	.	.
„ Priv. Einzelhandel . . . . .	„	„	24,7	23,4	23,9	23,5	28,4	27,7	23,5	24,1	22,5	21,0	22,8	22,5	22,6	24,4	.	.
<b>Interzonenhandel<sup>11)</sup></b>																		
Bezüge aus dem Währungs- gebiet der DM-West	1000 VE <sup>12)</sup>	S	1078564	959507	68218	121221	79276	61332	74079	81141	81693	122389	51732	73901	127067	72863	.	.
a) aus Westdeutschland . . . . .	„	„	1007718	885211	62530	114339	73289	56152	68639	75907	76156	112859	44689	67854	120154	67492	.	.
dar. Nahrungsmittel <sup>13)</sup> . . . . .	„	„	64988	50512	2728	14246	1062	3499	9129	3491	5177	9225	1701	2499	4380	2472	.	.
„ Maschinen . . . . .	„	„	109877	125795	7187	21648	4608	6260	4808	11497	10069	25690	3690	6727	8948	8530	.	.
„ Eisen und Stahl . . . . .	„	„	221080	157561	11133	21659	9910	9813	12942	17929	10307	11174	5513	14767	34064	21797	.	.
„ Chemische Erzeugnisse . . . . .	„	„	125446	126215	8051	10891	7616	7463	12462	11447	12632	13467	8829	14660	13842	8950	.	.
b) aus West-Berlin . . . . .	„	„	70846	74296	5688	6882	5987	5180	5440	5234	5537	9530	7043	6047	6913	5431	.	.
dar. Elektrotechn. Erzeugnisse . .	„	„	20590	22307	1689	2821												